

DER BEITRAG DES „COMPARATIVE GOVERNMENT“ ZUM VERSTÄNDNIS DER PROBLEME DER DRITTEN WELT

Von M. Y. CHO

Es ist selbst unter Wissenschaftlern Mode geworden, sich als Marxisten zu bezeichnen, während Karl Marx — wie Friedrich Engels schreibt — im Hinblick auf französische Marxisten geäußert haben soll: „Tout ce que je sais, c'est que moi, je ne suis pas marxiste“, also: „Ich weiß nur, daß ich jedenfalls kein Marxist bin.“

Der Verfasser ist auch kein Marxist, hält aber den Marxismus für ein brauchbares Denkmodell zur Analyse, nicht nur der damaligen Marx'schen Zeit, sondern gerade heutiger, politischer, ökonomischer und sozialer Verhältnisse in einzelnen Ländern, insbesondere der Dritten Welt. Auch der weitgesteckte Disziplin-komplex Politologie-Außenpolitik-„Comparative Government“ ist im Lichte dieser Erkenntnis zu betrachten.

Aus der Perspektive eines Erkenntnisinteresses, das darauf gerichtet ist, durch didaktische Vermittlung und gesellschaftliche Anwendung die Wissenschaft der Menschheit dienstbar zu machen, versteht sich die Politologie als Lehre von der empirischen Feststellung, der systematischen Analyse und der normativen Bewertung der gesellschaftlichen Widersprüche, die sich in jedem politischen Herrschaftssystem manifestieren. Die Politologie ist also die Wissenschaft der Herrschaftssysteme und -prozesse. Da sich Widersprüche dialektisch permanent entwickeln und sie auch im sozialistischen System existieren, besäße die Politologie durchaus eine Existenzberechtigung auch in sozialistischen Ländern, obwohl sie dort bekanntlich als eine typisch bürgerliche Wissenschaft abgestempelt wird, die als Herrschaftsinstrument und zur Rechtfertigung des Imperialismus diene.

Sind die gesellschaftlichen Widersprüche im Herrschaftssystem Gegenstand der Politologie als Herrschaftskritik, so bringt die Außenpolitik die inneren Widersprüche nach außen hin zum Ausdruck. Dabei ist die Außenpolitik keine automatische Widerspiegelung der Innenpolitik, sondern vielmehr die Fortsetzung der Innenpolitik mit anderen Mitteln. Will doch jede Außenpolitik die im Innern herrschenden Machtverhältnisse sichern. Es ist daher irrelevant, ausschließlich vom Primat der Außenpolitik oder dem der Innenpolitik zu sprechen. Die dialektische Einheit von Außen- und Innenpolitik ist eine besonders sinnvolle Hypothese im Politologie-Schwerpunkt „Comparative Government“. Denn ein isolierter Einzelvergleich der Außen- bzw. der Innenpolitik ergibt keine gesamtdimensionale Synopsis des input-output-conversion-feedback-Prozesses in einem politischen Herrschaftssystem.

Was versteht man unter „Comparative Government“? Problematisch wäre es auch, eine einwandfreie Grenze zwischen Außenpolitik, Comparative Government und Internationalen Beziehungen ziehen zu wollen. Die folgenden Bemerkungen beschränken sich bewußt auf „Comparative Government“.

Stellt das Vergleichen eine fortgeschrittenere Stufe in allen Wissensprozessen dar, so ist „Comparative Government“ gleichermaßen ein Produkt des Erkenntnisbedürfnisses, über die engen Grenzen der einzelnen Nationalpolitologie hinaus verschiedene politische Systeme und Prozesse unmittelbar synchronisch zu erfassen und dabei eine universal gültige Vergleichsbasis finden zu wollen. Da hierzu inter-

nationale Vergleiche auf Makro-Ebene erforderlich sind, da es jedoch kein Universalgenie gibt, das die Aufgaben einer internationalen und intersystemischen Politologie, also einer Vergleichenden Politologie, bewältigen kann, läßt sich „Comparative Government“ letzten Endes nur durch internationales Teamwork voll verwirklichen. Die komplexen Dimensionen und globalen Horizonte dieser Disziplin lassen so etwas wie die Vielseitigkeit eines einzelnen Politologen und die Allgemeingültigkeit eines einzigen theoretischen Ansatzes illusorisch erscheinen.

Nicht von ungefähr verstand man in den USA ursprünglich unter „Comparative Government“ die Einzelbetrachtung von „foreign governments“ (Plural). Man beschäftigte sich dabei mit einer institutionell-verfassungsrechtlichen Beschreibung der verschiedenen Regierungsformen; daher ja auch die unglückliche deutschsprachige Bezeichnung „Vergleichende Regierungslehre“. Selbst, als auch „foreign Governments“ allmählich „Comparative Government“ (Singular) geworden war, beschränkte sich der Vergleichsraum auf die Vereinigten Staaten und Europa, also die westliche Welt.

Erst die Herausbildung der sogenannten Dritten Welt als eigene Variable im vorherrschenden internationalen System hat diese Disziplin wirklich komparativ neugestaltet. Sie wurde erweitert zu „Comparative Government and Politics“, weil über die Formenlehre hinaus auch der Dynamik der politischen Prozesse und deren Typologie Rechnung getragen werden sollte. Seither stehen Probleme der Dritten Welt im Mittelpunkt der Vergleichenden Politologie.

Allerdings gibt es hier eine Kontroverse: Im Gegensatz zu den „Komparativisten“ verneinen die „Konfigurativisten“ die Vergleichbarkeit überhaupt und zwar in gewisser Hinsicht wohl nicht zu Unrecht. Aber eine kritische Kombination einiger theoretischer Ansätze, die in letzter Zeit im Zuge der neuen Aufgabenstellung der Vergleichenden Politologie entwickelt worden sind, kann durchaus ergiebig sein, wenn man das eingangs erwähnte marxistische Denkmodell berücksichtigt. Zu denken ist hier vor allem an das Systemmodell von David Easton und den Strukturell-Funktionalismus von Gabriel Almond, sowie an die Theorie des „Political Development“ und den Begriff „Political Culture“.

Die Eastonsche Systemtheorie, bei der es im Grunde um die Frage geht, ob sich ein politisches System aufrechterhalten kann, mag wenig Sinn im Westen haben, wo sich das vorherrschende System seit geraumer Zeit bewährt, während der Almondsche Strukturell-Funktionalismus sinnvoller erscheint, bei dem es darum geht, nicht ob, sondern wie ein politisches Herrschaftssystem strukturell funktioniert. Manche Politologen werfen dem Systemmodell vor, zur Systemstabilisierung zu führen. Da jedoch gerade dieses Systemmodell dysfunktionale Interaktionen von Input-Out-Variablen in sich birgt, ist es geeignet, sowohl die latenten als auch für die akuten systemsprengenden Elemente in den prekären Herrschaftssystemen der Dritten Welt zu erfassen. Das Systemmodell erfaßt also nicht nur evolutionäre sondern auch revolutionäre Prozesse.

Doch auch der Stellenwert, den die Theorie des „Political Development“ und der Begriff „Political Culture“, den man am prägnantesten als „das Verhältnis des Durchschnittsbürgers zur Politik in einer gegebenen Gesellschaft“ definieren kann, im Rahmen des Strukturell-Funktionalismus besitzen, ist nicht zu übersehen. Denn im gleichen Maße, wie sich inzwischen das mechanische Basis-Überbau-Schema überholt hat, ist die vereinfachende Vorstellung allmählich fragwürdig geworden, daß die wirtschaftliche Entwicklung automatisch die politische Entwicklung mit sich bringe.

In den Ländern der Dritten Welt, wo meistens die „parochial political culture“, allenfalls die „subject political culture“ aber kaum die „participant political culture“ herrscht, kann vielmehr die politische Entwicklung, also Differenzierung der sozialen Rollen, strukturelle Autonomie der Subsysteme und Säkularisierung der politischen Kultur, erst eufunktional die dementsprechende wirtschaftliche Entwicklung bewirken. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang an die einzigartige Kulturrevolution in China, die zwar überhaupt nicht unserem westlichen Konzept der politischen Entwicklung entspricht aber bei der Mao Tse-tung vorerst das menschliche Bewußtsein revolutionieren wollte, um neue materielle Bedingungen herzustellen, und die Devise lautete: die Revolution anpacken und die Produktion fördern! So viel steht auf alle Fälle fest: jede wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den sogenannten Entwicklungsländern der Dritten Welt, die die Korrelation der politischen und der wirtschaftlich-technischen Entwicklung nicht mit berücksichtigt, ist letzten Endes zum Scheitern verurteilt.

Hier muß der große Problembereich der sogenannten Entwicklungshilfe für die Dritte Welt erwähnt werden. Denn auf diesem Gebiet manifestieren sich das große Verdienst der Systemtheorie und -analyse für die Vergleichende Politologie und die erneute Aktualität des marxistischen Denkmodells in der Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse der Dritten Welt zu den hochentwickelten Industriestaaten.

Überträgt man nämlich das Systemmodell auf das internationale Gesamtsystem, so besteht dieses aus drei großen Subsystemen, d. h. drei Teilwelten, die in intrasystemischen Wechselbeziehungen miteinander stehen. Dem Ausdruck „Dritte Welt“ liegt ja die Hypothese zugrunde, daß es außer der ersten „kapitalistischen“ und der zweiten „sozialistischen“ Welt auch eine dritte Welt gebe, die weder kapitalistisch noch sozialistisch sei und aus Entwicklungsländern bestehe. Der aus dem Französischen stammende Terminus Dritte Welt — „Tiers Monde“ — wurde in bewußter Analogie zum „Tiers Etat“ — dem „Dritten Stand“ — geprägt, über den Abbé (Emmanuel) Sieyès in seiner Flugschrift „Qu'est-ce que le tiers état?“ am Vorabend der Französischen Revolution schrieb: „Was ist also der dritte Stand? Alles. Was ist der dritte Stand bis jetzt gewesen? Nichts. Der dritte Stand hat bis jetzt keine wahren Vertreter in den Generalständen gehabt. Daher sind seine politischen Rechte gleich null. Was verlangt der dritte Stand? Etwas zu werden. Erste Forderung: Die Vertreter des dritten Standes sollen nur aus den Bürgern gewählt werden, die wirklich zum dritten Stande gehören. Zweite Forderung: Seine Abgeordneten sollen denen der beiden privilegierten Stände an Zahl gleich sein. Dritte und letzte Forderung: Die Generalstände sollen nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen abstimmen.“

Die Parallele zwischen den damaligen Generalständen und der heutigen Generalversammlung der UNO im Hinblick auf die Problematik der Zusammensetzung, Vertretung und Abstimmung ist recht frappierend. Die drei „Forderungen“ des dritten Standes entsprechen der Input-Variable „Demands“ in unserem Systemmodell. Den genialen entscheidenden Vergleich des dritten Standes zur heutigen Dritten Welt hat als erster der französische Demograph und Soziologe Alfred Sauvy unternommen. In seinem Aufsatz „Trois mondes, une planète“, der im „Observateur“ vom 14. August 1952 veröffentlicht wurde, hat Sauvy zum ersten Male den Ausdruck „troisième monde“ durch „tiers monde“ ersetzt, in Anspielung auf den historischen dritten Stand, indem er seinen Aufsatz mit diesem Satz beschloß: „... enfin ce Tiers Monde ignoré, exploité, méprisé comme le Tiers-Etat, veut,

lui aussi, être quelque chose.“ (. . . schließlich will auch diese Dritte Welt, ignoriert, ausgebeutet, verachtet wie der dritte Stand, etwas sein.) Die Behauptung mancher deutscher Politologen, der Begriff „Dritte Welt“ sei zuerst von George Balandier oder gar von Frantz Fanon geprägt worden, ist — gelinde gesagt — schlecht fundiert.

Die Widersprüche zwischen den beiden privilegierten Ständen Geistlichkeit und Adel auf der einen Seite und dem dritten Stand auf der anderen, die zur Französischen Revolution führten, entsprechen durchaus den gegenwärtigen Widersprüchen, die zwischen der kapitalistischen aber auch teilweise der sozialistischen Industrieländerwelt einerseits und der unterentwickelten Welt andererseits, also grob zwischen Nord und Süd, existieren. Im Lichte des Systemmodells betrachtet hängt die Aufrechterhaltung und Bewahrung („system maintenance“) des vorherrschenden internationalen Systems davon ab, wie die „Forderungen“ der Dritten Welt als Input-Variable in Form der sogenannten Entwicklungshilfe als Output-Variable befriedigt werden können.

Ist die Funktion der Befriedigung in Output-Strukturen nicht erfüllt, dann werden die dysfunktionalen Interaktionen, also die bestehenden Widersprüche im Nord-Süd-Konflikt, zur Sprengung des internationalen Systems führen. Hier wird offenbar, daß jede Konflikt- und Friedensforschung, die an diesen Zusammenhängen vorbeigeht, nicht viel mehr sein kann als ein luxuriöses Denkspiel.

Die Entwicklungshilfe ist also zugleich Instrument zur Systemstabilisierung und Barometer der sich ständig verschärfenden Widersprüche im vorherrschenden internationalen Gesamtsystem. Sie hat bisher dazu gedient, die sich immer wieder artikulierenden Widersprüche zu entschärfen; in diesem Sinne ist sie revolutionswidrig, also konterrevolutionär. Gerade in diesem Punkt wird das marxistische Denkmodell relevant. Denn das Verhältnis zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern spiegelt das vorherrschende System der Produktionsverhältnisse auf globaler Ebene wider, in dem die Völker der Dritten Welt in toto die Produktivkräfte bilden und in dem sich die Widersprüche zwischen diesen Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen immer unüberbrückbarer manifestieren. Es gibt also keine dialektische Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen.

Bisher ist es der Dritten Welt kaum gelungen, sich von den vorherrschenden Abhängigkeitsverhältnissen zu befreien und den globalen Zusammenhang der Beziehungen, die das vorherrschende Weltsystem der kapitalistischen, der staatskapitalistischen wie auch der sozialistischen industriellen Technologie ausmachen, zu sprengen. Die Grenzen, die einigen Ländern der Dritten Welt, die sich zunächst einmal befreien konnten, durch die strukturelle Gewalt des vorherrschenden internationalen Systems gesetzt sind, zeigen sich z. B. im Falle Kubas, das — auf Zuckerverkauf angewiesen — sich von der amerikanischen in die sowjetische Abhängigkeit begeben mußte. So wie Algerien seine Produkte auf einem Markt anbieten muß, den Frankreich und andere Industrieländer Westeuropas beherrschen. Die sozialistischen Modelle des „Nationbuilding“ Chinas, Nordkoreas und Chiles sind zur Zeit die drei wichtigsten Prüfsteine für eine Überwindung des vorherrschenden internationalen Systems.

Der Stellenwert der chinesischen Revolution in der Vergleichenden Politologie im allgemeinen und der Entwicklungsländerforschung im besonderen ist von großer Bedeutung. Warnte doch schon Napoleon: „Laßt China schlafen! Wenn es erwacht, wird die Welt zu leiden haben.“ Lenin seinerseits prophezeite in seinem

Prawda-Artikel vom 18. Mai 1913: „Das rückständige Europa und das fortgeschrittene Asien“ folgendermaßen: „Das ganze tonangebende Europa, die gesamte europäische Bourgeoisie steht im Bunde mit allen Kräften der Reaktion und des Mittelalters in China. Dafür besitzt das ganze junge Asien, d. h. die Hunderte Millionen der Werktätigen Asiens, einen zuverlässigen Verbündeten im Proletariat aller zivilisierten Länder. Keine Macht der Welt wird seinen Sieg aufhalten können, der sowohl die Völker Europas als auch die Völker Asiens befreien wird.“

Ein ganz anderes Zukunftsbild hatte Rosa Luxemburg: „Nur aus Europa, nur aus den ältesten kapitalistischen Ländern kann, wenn die Stunde reif ist, das Signal zur menschenbefreienden sozialen Revolution ausgehen. Nur die englischen, französischen, belgischen, deutschen, russischen, italienischen Arbeiter gemeinsam können die Armee der Ausgebeuteten und Geknechteten der fünf Weltteile voranführen. Nur sie können, wenn die Zeit kommt, für die jahrhundertealten Verbrechen des Kapitalismus an allen primitiven Völkern, für sein Vernichtungswerk auf dem Erdenrund Rechenschaft fordern und Vergeltung üben.“ Dabei glaubte Luxemburg an die Spontanität der wahren sozialen Revolution, die die chinesische Revolution ja beispielhaft bewiesen hat.

Auch Karl Marx mag sich, wie ja immer wieder hervorgehoben wird, geirrt haben, wenn er an die Erhebung des von der Bourgeoisie ausgebeuteten Proletariats in einem einzelnen Land und damit an den Übergang zum Sozialismus in einem hochentwickelten Industrieland glaubte. Überträgt man jedoch seine Prognose global auf das internationale System der heutigen Welt, die ohnehin so klein geworden ist, daß sie, in Relation gesehen, durchaus einem Land in der Marx'schen Zeit entsprechen könnte, läßt sie sich — grob vereinfachend — auf weltweiter Ebene rechtfertigen.

Während die Französische Revolution im Kaiserreich unterging und die russische Oktoberrevolution eine nationale blieb, wie auch die chinesische Revolution sich allmählich zu nationalisieren scheint, werden die Widersprüche zwischen den privilegierten Industriestaaten und den schlechtweggekommenen Massen in der Dritten Welt, so wie die Widersprüche zwischen den privilegierten Ständen und dem dritten Stand in der Französischen Revolution, früher oder später zu einer endgültigen weltweiten Abrechnung führen.

So betrachtet, hat die soziale Weltrevolution bereits begonnen. Dahingestellt bleiben mag allerdings die Frage, ob auch die Dritte Welt letzten Endes eine ähnliche Entwicklung erleben wird, wie der dritte Stand, aus dem schließlich eine etablierte bürgerliche Gesellschaft wurde.